

Analyse

Martin Sonneborn Der deutsche Satiriker wurde ins Europaparlament gewählt. Dort hat er Erstaunliches vor. *Von Philippe Zweifel*

Der Politschreck

Was darf Satire? Die Frage wird immer wieder diskutiert - nun haben wir erstmals eine überraschende Antwort: Sie darf regieren. Am Sonntag ist die deutsche Satirepartei namens Die Partei ins Europaparlament gewählt worden. Ihr Spitzenkandidat ist Martin Sonneborn, parteiintern «Grövaz - Grösster Vorsitzender aller Zeiten» genannt, eine Anlehnung an Hitlers Bezeichnung «Grösster Feldherr aller Zeiten». Die Partei verdankt ihren Triumph dem Wegfall der Dreiprozenthürde. Mehrere deutsche Kleinstparteien konnten so ein europäisches Mandat ergattern.

Der Name von Sonneborns Partei setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der Begriffe Partei, Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und «basisdemokratische Initiative» zusammen. Sie ist für die Einführung einer Faulenquote, eines Existenzmaximums von einer Million Euro und eines Wahlalters zwischen 12 und 52 Jahren.



Ansonsten bekennt sich Sonneborn zum Populismus und fordert den Wiederaufbau der Berliner Mauer. Sein Wahlspruch für die Europawahl lautete «Ja zu Europa, Nein zu Europa».

Martin Sonneborn gilt als Deutschlands unverfrorenster Spötter. Seine Attacken richten sich oft gegen gutbürgerliche Tugenden und Untugenden - was vielleicht mit dem biografischen Fakt zu tun hat, dass Sonneborn gelernter Versicherungskaufmann ist. Den Beruf übte er allerdings nie aus, sondern schrieb sich an der Uni für Publizistik ein. Seine Abschlussarbeit schrieb er über die Wirkungsmöglichkeiten der Satire und über das Satiremagazin «Titanic», dessen Chefredaktor er später von 2000 bis 2005 wurde. Aktuell lanciert Sonneborn seine satirischen Spitzen bei «Spiegel online» und arbeitet als Aussenreporter der «Heute-Show» im ZDF. Seine Popularität

verdankt der 49-Jährige systemkritischen oder öffentlichkeitswirksamen Aktionen. So unterhielt er sich als Mitarbeiter des «Amtes für Entnazifizierung» vor laufender Kamera mit Bürgern, um deren latente Rechtsradikalität ans Licht zu bringen. Neben dem unheimlichen Spiesser von nebenan zielte sein Spott aber stets auch auf Politiker. Während der CDU-Schwarzgeldaffäre führte er mithilfe eines Schweizer Praktikanten und einer Rufumleitung über Luzern zwei CDU-Politiker vor. Sie glaubten dem Anrufer die Geschichte von den 8,9 Millionen Franken auf einem vergessenen Parteikonto und reisten «in geheimer Mission» in die Schweiz. Am Treffpunkt erwartete Sonneborn sie mit einem Koffer, auf dem «CDU-Schwarzgeld» stand.

Für Aufsehen sorgten auch ein Auftritt als bayrischer SPD-Politiker («Wir geben auf») und der weltweit beachtete

Bestechungsversuch beim Weltfußballverband Fifa. Den Aktionen gemeinsam ist eine zünftige Portion Chuzpe. Echter Satire muss Sonneborns Ansicht nach echte Empörung zugrunde liegen. Sein Engagement bei der Partei zeigt diese Haltung exemplarisch: Das absurde Parteiprogramm entlarvt politische Positionen, Prozesse und Phrasen als austauschbar und inhaltsleer.

Entsprechend konsequent ist seine Reaktion auf den Wahltriumph. Kaum gewählt, sprach Sonneborn gegenüber Nachrichtenagenturen von seinem Rücktritt, auf den er sich «vier Wochen lang intensiv» vorbereiten werde. Er versprach ein Rotationsprinzip. Auch die anderen Vertreter seiner Partei würden monatlich zurücktreten. So könnten sich 60 Kollegen für 33 000 Euro im Monat Brüssel anschauen. «Ich glaube dennoch nicht», so der Realist, «dass wir im Europaparlament die Verrücktesten sind.»

Kolumne **Rudolf Strahm**

Warum diktiert Blocher allen die politische Agenda?

Es wäre eine Überraschung gewesen, wenn sich Christoph Blocher still und leise aus dem Nationalrat verabschiedet hätte. Es passt zu seinem Stil und seiner Biografie, dem Parlament, das ihn als Bundesrat im Dezember 2007 abgewählt hat, noch eine Stinkbombe in den Saal zu werfen: Die Parlamentarier seien geldgierig, zögen Sachgeschäfte unnötig in die Länge, im Bundeshaus politisieren zu wollen, sei darum verschwendete Zeit. Es passt zu seinem Kampfstil, gleich eine neue Front gegen die EU zu eröffnen, mit einem persönlichen Einsatz von fünf Millionen. Damit wird er weiterhin die politische Agenda der Schweiz bestimmen.

Als ob er die Eröffnung einer neuen Front vorausgeahnt hätte, bringt der 88-jährige Helmut Hubacher, eine prägende Figur der schweizerischen Sozialdemokratie, heute Dienstag ein Buch mit dem Titel «Hubachers Blocher» heraus. Seine Auseinandersetzung mit dem langjährigen politischen Gegenspieler ist mehr als eine Abrechnung. Es ist ein Geschichtsbuch mit Anekdoten, Episoden und Konflikten. Man liest über heute vergessene Auseinandersetzungen, über Blochers Kampf gegen das moderne Eherecht - mit dem alten konnte bis 1986 die Ehefrau nicht einmal ihr Vermögen selber verwalten -, seinen Kampf gegen die Neue Eisenbahn-Alpen-transversale (Neat), gegen die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und für die Privatisierung der Suva und der SRG.

Der falsche Reflex

Hubacher beschreibt den «Mister Gnadenlos» der SVP, seinen Machtanspruch und seine Charakterschwächen, so wie er sie in zwanzigjähriger Auseinandersetzung kennen gelernt hat. Aber grossmütig zollt er seinem Gegner auch Respekt für seine politische Kraft, seine taktische Intelligenz und seine Fähigkeit zur Themenführerschaft.

Hubacher hat die letzten Kapitel des Buches nach dem 9. Februar umgeschrieben. Blochers Abstimmungssieg mit der Masseneinwanderungsinitiative machte den weisen Alten nachdenklich. Die Linken seien im «Anti-Blocher-Reflex» stecken geblieben, stellt er fest: «Weil ich diesen Politstil persönlich viele Jahre mitgetragen habe, beschäftigt mich, je älter ich werde, dieser Anti-Blocher-Reflex desto mehr. Der uns blockiert, unabhängig von der Angstschuld zu entscheiden, statt behutsame Einwände zuzulassen und

Fragezeichen gleich als Verrat am Sozialismus auszulegen. Ich befürchte, so können wir gegen Blocher nicht gewinnen.»

Hubacher regt zu einem Umdenken an: «Es ist kein schmerzhafter Denkprozess, zugeben zu müssen, Blocher habe nicht alles falsch gemacht. Bei der Zuwanderung haben wir nämlich ein Problem, und was für eines. (...) Es hilft nichts, à la Vogel Strauss den Kopf in den Sand zu stecken.»

Seit zwanzig Jahren diktiert Christoph Blocher die politische Agenda unseres Landes. Beinahe jeder Journalist sucht sich in seinem Glanz zu sonnen, indem er ein Zitat oder ein Interview von ihm ergattert. Und nicht wenige in der Intellektuellenszene definieren sich nur noch als Korrekturbeamte an Blochers nationalistischem Gedankengut.

Was die Linke verdrängte

Ich habe mit Christoph Blocher zwölf Jahre in der Wirtschaftskommission gegessen. Nach so langer Zeit der Auseinandersetzung kennt man einander wie in einer Schulklasse. Meine Bilanz ist diese: Zu mindestens 50 Prozent haben sich die Linken und die Bürgerlich-Liberalen den blocherschen Machtzuwachs selber zuzuschreiben! Weil sie vorhandene Probleme des Landes immer so lange verdrängten, bis es nicht mehr anders ging und Blocher das Terrain schon besetzt hatte. Wer das Feld als Erster besetzt, behält quasi das Monopol, auch wenn andere hinterhereilen.

Wie haben alle die Messerstecher-inserate der Zürcher SVP zu Beginn der Neunzigerjahre verabscheut! Die Ermordung einer jungen Frau durch einen Straftäter im Hafturlaub wurde da politisch ausgenutzt. Wir verdrängten aus politischer Korrektheit, dass sich damals viele städtische Frauen längst betroffen und nachts im öffentlichen Raum nicht mehr sicher fühlten.

Alle haben Ende der Neunzigerjahre auf Blochers Kampagne gegen angebliche «Sozialschmarotzer» in der IV hastig mit Abwehr reagiert. Dass ältere und schwächere Mitarbeiter von den Unternehmen in die Sozialhilfe und die IV ausgegliedert wurden, wollte man lange nicht wahrhaben.

Einen ähnlichen Verdrängungsmechanismus gab es in Sachen Kriminalität, Personenfreizügigkeit und Asyl. Und unlängst hat Blochers Partei als erste offen ausgesprochen - inzwischen

durch Erhebungen belegt, aber von der Elite verdrängt -, dass Arbeitnehmende über 50 aufgrund der Personenfreizügigkeit rascher aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden. Auch dieses Thema wird uns verfolgen.

Seit den Neunzigerjahren haben Sozialdemokraten ihr Selbstverständnis in vielen Themenbereichen auf die mathematische Formel reduziert: links das Gegenteil von Blocher. Helmut Hubacher war der letzte SP-Parteipräsident, der nicht einfach nach dem Schema politisierte: «Auf deinen Gegner kannst du dich verlassen.» Aversion gegen die SVP ist berechtigt, aber eine schlechte Beraterin.

Ständige Abnutzungskämpfe gegen die Konservativen haben die Linke zur Gefangenen ihrer Anti-Blocher-Reflexe gemacht. Der Historiker Peter Hablützel konstatiert: «Die Linke ist zum Anhängsel der neoliberalen Europamodernisten geworden.»

Nicht genug, Blocher spaltete auch das bürgerliche Lager und zertrümmerte den Freisinn, der lange fleissig den Anti-Etatismus Blochers kopierte und damit einen Grossteil seiner Stammwählerschaft, das liberale Bildungsbürgertum, heimatlos machte. Mit konservativen Werten hat die SVP in den CVP-Stammländern die Meinungsführerschaft erobert.

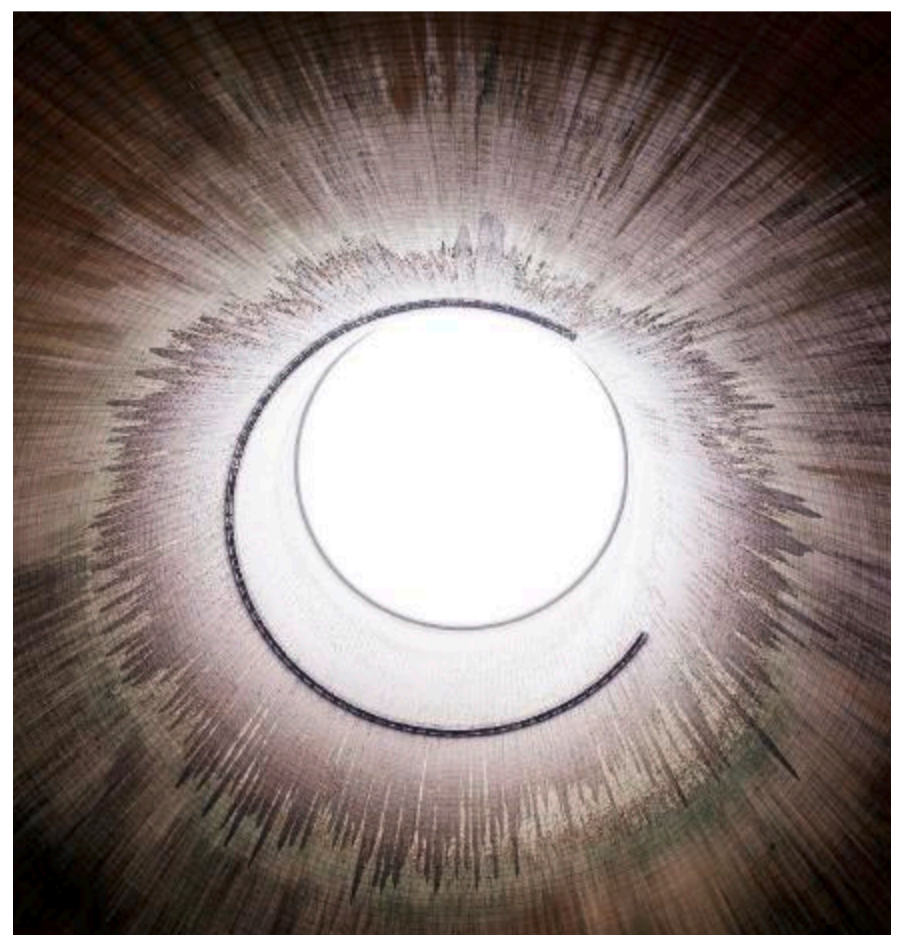
Bindet die SVP besser ein!

Ich bin schon lange der Meinung, man müsse die SVP wieder voll in den Bundesrat einbinden und mitverantwortlich machen. Das war der Schweizer Weg bei der Integration der katholisch-konservativen Opposition nach 1890, der Bauern nach 1918 und der Sozialdemokratie in den 40er-Jahren. Christoph Blocher persönlich passt zwar aus charakterlichen Gründen nicht in eine Kollegialbehörde. Aber eine Einbindung des nationalkonservativen Lagers entsprechend seiner Stärke würde die Linke und die Bürgerlich-Liberalen von ihrer Verkrampfung befreien: Sie könnten dann ohne Anti-Blocher-Starre wieder selber Themen setzen.



Rudolf Strahm

Der frühere Nationalrat und Preisüberwacher wechselte sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.



Blick in den Kühlturm des AKW Leibstadt. Foto: Eddy Risch (Keystone)

Energiepolitik Die Stromfirmen sind noch nicht bereit für die Energiewende. *Von Stefan Häne*

Vor Fukushima stehen geblieben

Es ist ein Versuch, Transparenz zu schaffen. Das Bundesamt für Energie (BFE) hat erstmals untersucht, ob die Schweizer Stromversorger für die Energiewende gerüstet sind (TA von gestern). Ideal wäre, wenn sie möglichst viel Strom aus erneuerbaren Energiequellen produzierten und ihren Kunden lieferten, wenn sie quantifizierbare Energieziele festgelegt hätten und bei der Stromgewinnung durch Wasserkraft die Gewässer bestmöglich schützten.

55 Stromfirmen hat das BFE angefragt. Doch nur 24 haben an der Studie teilgenommen, 12 von ihnen unter der Bedingung, in der Studie nicht namentlich genannt zu werden. Mit anderen Worten: Die grosse Mehrheit der Stromfirmen lässt die Öffentlichkeit über den genauen Stand ihrer Bemühungen im Dunkeln - obschon sie grösstenteils dem Volk gehören. Diese Bilanz ist ernüchternd. Und das Bild verdüstert sich noch, wenn man den Befund der Studie betrachtet. Nur ein einziger Stromlieferant erfüllt mehr als 80 Pro-

zent der Ziele; der Durchschnitt liegt bei 57 Prozent - ein Wert, der eine Energiepolitik aus dem letzten Jahrzehnt widerspiegelt.

Dass die Stadtwerke von Zürich, Basel und Bern am besten abschnitten, überrascht nicht: Alle drei Städte sind rot-grün dominiert, mit entsprechender energiepolitischer Handschrift (abgesehen von den AKW-Beteiligungen, die Zürich und Bern nicht loswerden). Vergebens sucht man im Ranking hingegen grosse Stromkonzerne wie die Axpo, die den Nordostschweizer Kantonen gehört und damit von bürgerlicher Hand gelenkt wird.

Für das schlechte Abschneiden sind die Stromfirmen aber nicht allein verantwortlich. Schuld trifft auch den Bundesrat und das Parlament. Sie haben es drei Jahre nach Fukushima noch immer nicht geschafft, verbindliche Leitlinien für die Energiewende festzulegen, etwa mit einer AKW-Laufzeitenbeschränkung. Die Studie ist daher auch als Wink an die Politiker zu verstehen, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.